



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-89
Fernschreiber 0896890

F/XII/134 - 14. Juni 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Neuer Streit in London	S.1
Peking - Moskau	S.3
Die Ziele der SPD/ Von Willi Eichler	S.4
Ein Parteiausschluss	S.7
Giftpfeile im Wahlkampf	S.8

Gefahren der Passivität Bonns

G.M. Wenn heute der Unterausschuss der UNO für Abrüstungsfragen wieder seine Verhandlungen in London aufnimmt, geschieht dies in einer Atmosphäre, die schwer zu charakterisieren ist. Stassen, der amerikanische Bevollmächtigte für die Abrüstungsverhandlungen, erklärte kurz vor seinem Abflug aus den USA, es sei nicht richtig, dass Außenminister Dulles die bisherige Verhandlungsführung in London gartigt habe. Wer hat nun recht? Grosse amerikanische Zeitungen, die diese Behauptung aufgestellt hatten, oder Stassen?

Ungeklärt ist auch die Frage, ob die Behauptung richtig ist, die westlichen Alliierten der Vereinigten Staaten, besonders aber die Regierung der Bundesrepublik, hätten gegen Eisenhowers Vorschlag, nach Mittelamerika in die militärisch verdünnte Inspektionszone einzuziehen, protestiert. Bereits kurz vor Pfingsten war diese Behauptung in Bonn aufgestellt worden, ohne dass das Auswärtige Amt dagegen eingeschritten wäre...

Die Rolle, die zur Zeit von der Regierung der Bundesrepublik bei diesen Fragen gespielt wird, ist recht eigenartig. Jedenfalls bleibt merkwürdig, dass man sich jetzt auf einmal anstrengt, die Tätigkeit der Viermächte-Arbeitsgruppe - sie wird demnächst in Paris tagen - besonders hervorzuheben, während man sich in Bonn bisher über die Arbeiten dieses Gremiums, das westliche Vorschläge zu einer aktiven Wiedervereinigungspolitik ausarbeiten soll, mehr als notwendig ausgeschwiegen hat. Die plötzliche Betonung der Bedeutung dieser Arbeitsgruppe lässt darauf schliessen, dass man in Bonn bemüht zu sein scheint, die deutsche Öffentlichkeit von den anderen, eingangs erwähnten Vorgängen abzulenken.

In die Pause der Londoner Abrüstungsverhandlungen fällt auch der Besuch der Moskauer Führungsgarnitur in Finnland und die dort abgegebenen Erklärungen Chruschtschows. Auch mit diesen Erklärungen wird die Londoner Abrüstungskonferenz zurechnen haben. Sie enthalten zu-

14. Juni 1957

nächst den recht bemerkenswerten Hinweis Chruschtschows auf die Bereitschaft der Sowjetunion, ausländische Inspektionsposten auf sowjetischem Gebiet zuzulassen, falls dadurch ein Abkommen über die Atomwaffenversuche erreicht werden könnte. Die weitere Bemerkung Chruschtschows, ihm komme der amerikanische Vorschlag zur Überwachung nur der Arktis komisch vor, lässt darauf schliessen, dass Moskau die Inspektionszone oder die "militärisch verdünnte Zone" nach Möglichkeit auch in Mitteleuropa sehen möchte.

Damit sind wir erneut beim Deutschlandproblem, dessen Lösung für alle Beteiligten immer zwingender wird. Wenn nämlich die Amerikaner und die Russen eine Inspektionszone auch ausserhalb der Arktis ansteuern, wird sich diese logischerweise auch auf Deutschland erstrecken müssen. Auf das gesplittene oder auf das wiedervereinigte Deutschland.

Chruschtschow hat in Helsinki auch hierzu einiges gesagt, was notiert werden muss. Er meinte, es gebe zwei deutsche Staaten und wenn überhaupt über die Wiedervereinigung gesprochen werden sollte, dann müssten es diese beiden deutschen Teilstaaten tun. Eine Verhandlung zwischen den USA und der Sowjetunion über die Köpfe der Deutschen hinweg lehnte Chruschtschow ab.

Diese Bemerkung mag manchen in Deutschland erschüttern, sie kommt jedoch nicht überraschend. Bevor sich die Bonner Regierung zur Ratifizierung der Pariser Verträge entschloss, erklärte Moskau, dass nach diesem Akt die Existenz zweier deutscher Staaten besiegelt sei. Bulganin und Chruschtschow haben dem Bundeskanzler in Moskau noch einmal gesagt, sie bedauerten zwar diesen Tatbestand, würden ihn aber respektieren.

Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow sind natürlich sinnlos, da ja ohnehin bekannt ist, dass ein Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage nur zu erzielen ist, wenn Moskau seine grundsätzliche Einwilligung dazu gibt. Diese grundsätzliche Einwilligung dürfte - auf Sicht und Dauer - aber nur zu erwarten sein, wenn das allgemeine Sicherheitsproblem in Europa und damit auch der militärische Status des wiedervereinigten Deutschland zwischen den ehemaligen Siegermächten geklärt werden kann. Solange man sich nicht entschliesst, diesen Fragenkomplex mutig und mit Initiative, offen und ohne Hintergedanken, zu erörtern, wird man keinen Schritt vorwärts kommen.

Das Wiedervereinigungs-Vokabularium der Bundesregierung erschöpft sich jedoch in der ständigen Wiederholung längst abgegriffener Vorstellungen, die zu einer Zeit entstanden sind, als man befürchten musste, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten würden vom Kalten in den Heissen Krieg hineinschlittern. Dass Adenauer bemüht bleibt, die Fiktion von der "Unabänderlichkeit" seiner Aussenpolitik bis zum Wahltage aufrechtzuerhalten, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland schon registriert.

Es scheint daher notwendig zu sein, dass im Bundestag noch in den letzten Stunden seiner Legislaturperiode die Gefahren aufgezeigt werden, die sich sowohl aus der inaktiven Haltung der Bundesregierung in den Fragen der Wiedervereinigung wie ihrer Haltung zu den Abrüstungsfragen für die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes ergeben.

Geht Mao einen anderen Weg?

E.E.D. Schon seit geraumer Zeit erreichen Berichte die westliche Welt, die von bemerkenswerten Unterschieden zwischen der Moskauer und Pekinger Interpretation des Kommunismus sprechen. Eine Bestätigung erfuhren diese Nachrichten aus der Lande hinter dem Bambus-Vorhang durch das Fernseh-Interview des kommunistischen Parteisekretärs Nikita Chruschtschow. Der amerikanische Interviewer Daniel Schorr, Korrespondent der CBS-Rundfunkgesellschaft, hatte den Sowjetführer gefragt, ob nach seiner Ansicht "Gegensätze zwischen den Leitern und den Massen der Sowjetunion bestehen". Der Moskauer Parteigewaltige hatte diese Frage mit nein beantwortet. Damit aber schien er sich in Widerspruch zu Maos jüngsten Erklärungen zu setzen, die ganz offen von Gegensätzen zwischen Massen und Führern in der kommunistischen Gesellschaft sprechen. Zwar schwächte Chruschtschow im weiteren Verlauf des Interviews sein schroffes Nein etwas ab, indem er sich auf die verschiedenen Entwicklungen des Kommunismus in den einzelnen Ländern berief, jedoch blieb der Eindruck vorherrschend, als führe die chinesische Version des Kommunismus von jener Vormachtstellung "im Lager des Sozialismus", auf die Moskau nach wie vor pocht, zwar langsam aber sicher fort.

Man weisse im Westen, dass in der chinesischen Volksrepublik seit längerem heftige Diskussionen über den weiteren Weg des Kommunismus entbrannt sind. Vor allem die Intellektuellen drängen auf grössere geistige Freiheiten und ein schnelles Ablösen von der ideologischen Knebelchur mit Moskau. Während der an der stalinistischen Doktrin orientierte Parteitheoretiker Liao Schao versucht, mit allen Mitteln der Parteidisziplin die ideologische Null-Acht-Fünfzehn-Linie wiederherzustellen, wirft sein Parteichef Mao Tse-tung das ganze Gewicht der politischen und persönlichen Autorität in die Waagschale zugunsten derer, die eine Eigenentwicklung des chinesischen Kommunismus befürworten. Mit seiner Hilfe macht die Bewegung "der hunderttausend Blumen" grosse Fortschritte. Hinter jenem lyrischen Namen verbirgt sich eine geistige Reformbewegung, deren Ziel es ist, alle Kräfte eines Volkes in Anspruch zu nehmen, um den Kommunismus weiterzuentwickeln. Also: Schluss mit dem Verbot der chinesischen Klassiker und Philosophen, freie Diskussion literarischer Probleme, Förderung einer vom Parteidogma unbehinderten Forschung und Lehre. Vielleicht gewinnt die Aufhebung des englischen China-Embargos in diesem Licht eine ungeahnte Bedeutung, gäbe sie doch China Mittel an die Hand, der Bevormundung Moskaus auch auf dem Gebiet der Wirtschaft zu entgehen.

14. Juni 1957

Zur Entscheidung aufgerufen

Von Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes

Der Wahlkongress der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am Sonntag in der Westfalenhalle in Dortmund stattfindet, soll die deutschen Wählerinnen und Wähler mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei bekannt machen. Sie sollen wissen, welche Vorstellungen die Sozialdemokraten von der Lösung dringender und entscheidender Fragen unserer Politik und Kulturpolitik haben.

Vor diesen Fragen nämlich steht der deutsche Wähler am 15. September und nicht etwa, wie der Bundeskanzler vor kurzem in Bamberg erklärte, vor der Frage "Christentum oder Kommunismus". Eine solche Gegenüberstellung ist nur geeignet, den Wähler von den möglichen politisch zur Diskussion stehenden Fragen abzulenken. Kommunisten treten überhaupt nicht als Kandidaten auf, und sie wären auch dann von der deutschen Volk fast geschlossen abgelehnt worden, wenn das Bundesverfassungsgericht ihre Partei nicht vor einigen Monaten verboten hätte.

Ebenso geschlossen wie in seiner demokratischen nichtkommunistischen Haltung ist das deutsche Volk in seiner christlichen Grundhaltung. Niemand, weder eine Partei noch eine andere Gruppe geht darauf aus, das deutsche Volk in dieser Grundhaltung zu erschüttern. Keine Kirche hat je unter einer sozialdemokratischen Regierung zu leiden gehabt. Hier können die Sozialisten ^{auf} ihre Erfahrungen in den skandinavischen Ländern und in England hinweisen, wo seit Jahrzehnten ein friedliches und enges Einvernehmen mit den Kirchen besteht. In den Ländern und Gemeinden der Bundesrepublik, die unter sozialdemokratischer Führung stehen, ist das Gleiche der Fall. Auch in katholischen Ländern haben die katholischen Geistlichen aus dieser Erfahrung den selbstverständlichen Schluss gezogen, dass das Verhältnis der katholischen Kirche zur Sozialdemokratie einer Revision bedarf. Der soziale Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe vom Oktober 1956 und die Erklärung des Erzbischofs von Paris, Kardinal Feltin, zeigen das deutlich. Es ist unerfindlich, warum angesichts dieser weltbekannten Tatsachen noch immer deutsche Bischöfe Erklärungen abgeben, wie z.B. der Bischof von Münster, Dr. Keller.

Die Sozialdemokratische Partei geht von den politischen Lebensfragen unseres Volkes aus, dessen Grundbedürfnis lautet: Sicherheit, Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese drei Forderungen sind heute nicht voneinander zu trennen. Das

Wettrüsten, zu dem der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion geführt hat, kann nach der Ausstattung der Heere mit Atomwaffen nur in einem Völkerselbstmord enden. Diese Erkenntnis hat die beiden Hauptbeteiligten an dem Wettrüsten zu Verhandlungen über eine Abrüstung zusammengebracht.

Die Sozialdemokraten begrüßen jeden Schritt solcher Art, der zur Entspannung der internationalen Lage führen kann; sie bedauern, dass die deutsche Bundesregierung nicht längst Pläne entwickelt und vorgelegt hat, die darauf hinarbeiten, dass angesichts der Veränderungen in der Weltpolitik und der notwendigen Abrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands nicht vergessen wird. Die Sozialdemokraten sind dafür, alle europäischen Völker in einem gemeinsamen Bund zusammenzuschliessen, der eine Sicherung jedes Teilnehmers gegen jeden Angreifer sein soll und der als Garantienächte die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion vorsieht.

Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik macht auf den ersten Blick einen befriedigenden Eindruck, so dass manche sich veranlasst gesehen haben, von einem "Wirtschaftswunder" zu sprechen. Aber die Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik hat insbesondere nach der Währungsreform zu einer ungeheuren Bevorzugung gerade der grossen Sachvermögen geführt. Die sogenannte Selbstfinanzierung der Unternehmen hat, wie auch der Bundeswirtschaftsminister neulich zugab, überhöhte Preise und eine Entwertung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zur Folge gehabt. Da ausserdem die Einfuhr von Verbrauchsgütern ständig hinter unserer Ausfuhr zurückbleibt, fehlt auch hier auf dem Inlandmarkt ein Angebot an Waren, was die Entwertung der Kaufkraft fortsetzt. Schliesslich haben die Rüstungsausgaben, die zusätzlich aus alten Reserven bezahlt werden, in Zeiten unserer Hochkonjunktur eine inflatorische Wirkung. Die Preise steigen also nicht in Folge der Lohnerhöhungen. Die Löhne hinken vielmehr hinter den steigenden Preisen dauernd nach.

Die Sozialdemokraten werden dort, wo die Preise von der Regierung mitbestimmt werden, solchen Erhöhungen nicht zustimmen. Sie werden die Einfuhr von Verbrauchsgütern durch Zollsenkungen erleichtern und sie werden die Rüstungsausgaben drastisch senken.

Die Steuergesetzgebung, die bisher die grossen Vermögen einseitig begünstigte und den arbeitenden Menschen und die Mittelschichten ein-

seitig belastete, werden wir gerechter gestalten, um auf diese Weise auch zu einer Vermögensbildung der breiten Schichten unseres Volkes zu kommen.

Alte und kranke Menschen müssen vor Not geschützt werden. Soweit die Bundesrepublik diese Aufgabe bisher in Angriff genommen hat, war es blosse Kurpfuscherei. Die Erhöhung der Renten, die auf ständigen Druck der Sozialdemokraten endlich erfolgte, hat trotzdem die Hauptforderung aller Rentner nicht erfüllt, nämlich die steigende Geldentwertung durch eine automatische Anpassung der Renten an den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung auszugleichen.

Die Bedeutung der Familie wird zwar überall in hohen Worten gepriesen. Bisher aber fehlt es noch immer an billigen, familiengerechten Wohnungen und an einer finanziellen Sicherstellung der Familie, die es Müttern kleiner und schulpflichtiger Kinder gestattet würde, sich zu Haus dem Haushalt und ihren Kindern zu widmen.

Das dritte grosse Aufgabengebiet ist der Schutz der Demokratie und die Sicherung unserer geistigen Freiheit. Die Demokratie ist gefährdet durch mächtige wirtschaftliche Interessentengruppen, die ständig versuchen, auf dem Rücken des Staates ihre Geschäfte zu machen. Bundeswirtschaftsminister Erhard hat weder das von ihm selbst geplante Kartellgesetz, noch die auch von ihm geplanten Zollsenkungen durchführen können, weil mächtige Interessentengruppen dagegen sind.

Hier muss das von der Sozialdemokratischen Partei geforderte Bündnis von Wissenschaft und Politik geschaffen werden, um die realen Machtverhältnisse zu erforschen und offen darzustellen. Der von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewünschte Deutsche Forschungsrat würde u.a. diese Aufgabe haben. Eine ebenso starke Bedeutung hat die notwendige politische Bildung des deutschen Volkes. Sie muss von der Grundschule bis zur Hochschule und in die Erwachsenenbildung hinein Teil des Geistes und der Lehrpläne der Schule sein. Darüber hinaus aber bedarf der Aufbau unseres Schulwesens einer Erneuerung, weil wir die Anforderungen der "Zweiten industriellen Revolution" gar nicht anders meistern können. Wir können es uns nicht leisten, weiterhin Hunderttausende von Talenten brach liegen zu lassen, nur weil sie nicht den bisher allein üblichen Weg von der Grundschule bis zur Universität gehen können. Für alle, die erst nach dem Verlassen der Grundschule und nach dem Erlernen eines Berufes Talent und Neigung entdecken, muss die Aufstiegsmöglich-

14. Juni 1957

keit gesichert werden.

Das sind die politischen Fragen, die bei der Bundestagswahl am 15. September dieses Jahres zur Entscheidung stehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihre Forderungen in einem Wahlprogramm zusammengestellt, das auch ihr Regierungsprogramm sein wird, wenn ihr die Wähler am 15. September die Vollmacht zur Durchführung erteilen.

+ + +

Verstoß gegen Parteibeschlüsse

sp. Der Bezirksvorstand Franken hat mit sofortiger Wirkung Friedrich Karl Boehnstedt, wohnhaft in Neustadt o. Coburg, wegen Verstoß gegen § 29 des Organisationsstatuts mit sofortiger Wirkung aus der SPD ausgeschlossen. Boehnstedt hatte eine Einladung des "Friedenskomitees für die Bundesrepublik" und der Zeitung "Stimme des Friedens", zu einer Studienreise in die Sowjetunion angenommen. In der schriftlichen Begründung des Ausschusses heißt es u.a.:

Der Teilnehmerbeitrag deckt nur einen kleinen Teil der für diese Reise entstehenden erheblichen Unkosten. Die Hauptlast der Kosten wird daher von sowjetzonalen oder sowjetischen Stellen getragen. Ihnen war und ist bekannt, dass eindeutige Parteibeschlüsse bestehen, die besagen, dass Mitglieder der SPD, die auf Kosten von kommunistischen Organisationen, sowjetzonalen oder sowjetischen Dienststellen Reisen in die Ostblockstaaten unternehmen, sich ausschließlich der SPD stellen.

Die Tatsache Ihrer Reise stellt daher den Tatbestand des Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse dar.

Um einer weiteren schweren Schädigung der Partei vorzubeugen, wurde von der Möglichkeit des § 29 Gebrauch gemacht.

Sie können binnen zwei Wochen nach Erhalt dieses Bescheides beim Bezirksvorstand den Antrag auf Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens beantragen. Eine Begründung dieses Antrages muss binnen weiterer zwei Wochen nachgereicht werden. Das Parteimitgliedabuch ist Eigentum der SPD. Wir fordern Sie auf, dieses bis zum 15. Juni 1957 an das Bezirkssekretariat Franken der SPD, Nürnberg, Karl-Brogger-Str. 9, einzusenden.

gcz.

(Heinz Schmidt)
Bezirkssekretär

Wahlkampf - aber wie ?/Eine Antwort an Dr. Jäger

sp - Unter diesem Titel lässt der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Richard Jäger, in der Münchner Abendzeitung eine Artikelserie veröffentlichen. Er beschwört darin die Wahlkämpfe der dreissiger Jahre herauf, in denen sich die Weimarer Republik zu Tode wählte. Verwahrlosung der politischen Ausdruckweise, Herrungslosigkeit der Propaganda, Lügen und Verdrehungen, niedrige Angriffe auf die Ehre des politischen Gegners waren damals an der Tagesordnung. Das hat den jungen Jäger, der jene Zeit als Schüler des Münchner Maximiliangymnasiums erlebte, innerlich angewidert; um der Klärung der Fronten willen seien zwar, meint Dr. Jäger, der Politiker und Bundestagsvizepräsident, harte Auseinandersetzungen unvermeidlich, die Waffen sollen scharf, aber nicht vergiftet sein. Eine lobenswerte Erkenntnis. Ist sie auch Richtschnur für Dr. Jäger?

Leider muss man es verneinen. Seine in dem erwähnten Artikel enthaltene Polemik gegen die Sozialdemokratie enthält schlimme Verstöße gegen das von Jäger selbst aufgestellte Gebot. So wiederholt er die alte Mär, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner habe anlässlich der Amnestieerdebatte den Bundesinnenminister in beleidigender Weise mit dem berüchtigten bolschewistischen Wjatschinski verglichen. Der Name Wjatschinski fiel nicht im Zusammenhang mit dem Namen des Bundesinnenministers, Wehner sprach von der Argumentation gegen die Gewährung einer politischen Amnestie, die ihn beinahe an die Konstruktionen des Anklägers Wjatschinski erinnere. Natürlich kennt auch Dr. Jäger den wahren Sachverhalt, er braucht ihn ja nur in den betreffenden Bundestagsprotokollen nachzulesen. Dennoch dieser Giftfeil ...

Es kommt noch schlimmer. Der Bundestagsvizepräsident hat am 22. Mai es bedauert, dass es im Bundestag keine Kommunisten mehr gebe, weil an diesem Tage - es ging um den Etat des Bundesverteidigungsministeriums - sich nach seiner Auffassung Sozialdemokraten des kommunistischen Vokabulars bedienten. Hätten sie es auch gebraucht, wenn sie damit optisch und akustisch in einer Front mit den Sendboten des Krenz gerückt wären? fragt in dem Ton des Biedermanns Dr. Jäger. Da haben wir wieder diesen Giftfeil: wer nicht für die Regierungspolitik ist, ist ein Kommunist oder steht den Kommunisten nahe! Will auf dieser Ebene Dr. Jäger den Wahlkampf führen, hat er all die Beobachtungen, die er als Student über die Wirkung der Lüge und Verdrehungen im politischen Kampf machte, vergessen?

Diese Frage stellen, heisst sie schon bejahen. Sein Herr und Meister heisst Adenauer. Dieser gab mit seiner schändlichen Barberger Rede für alle Schüler jenes Stichwort für die Vergiftung des Wahlkampfes, der sich Jäger als einer der gelehrigsten Schüler selbst nun mitschuldig macht.

An unsere Bezieher!

Unser nächster Dienst erscheint am Sonntag, dem 16. Juni 1957. Er enthält den vollen Wortlaut des in Dortmund verabschiedeten Wahlprogramms der SPD und eine gekürzte Zusammenfassung. Die Redaktion.

Verantwortlich: Günter Markscheffel